

„Grüner wird's nicht!“

ÖKO-NEWSLETTER NR. 10

AKTIV WERDEN

Mach mit beim Möhrenmob! - Beim Carrotmob rufen Aktivisten zum Massenkauf auf. Als Art freundlicher Übernahme

Wer schon immer mal die volle Macht des Konsumenten auskosten wollte - am Samstag gibt es die Gelegenheit. Die Aktion "Carrotmob" hat bereits von Finnland bis Kanada großen Zuspruch gefunden. In den USA, dem Ursprungsland, ist sie eine richtige Bewegung geworden. Nun findet sie erstmals auch in Deutschland statt.

"Bestimme selbst, wie nachhaltig das Geschäft laufen soll", heißt es im Aufruf Berliner UmweltaktivistInnen. Sie laden dazu ein, am Samstag um 16 Uhr zum "Multikulti" in der Wienerstraße 40 in Kreuzberg zu kommen. Zum gemeinsamen Wochenendeinkauf. Da der Ladenbesitzer sich bereit erklärte, 35 Prozent des Umsatzes bei dieser Aktion für den energieeffizienten Umbau seines Geschäfts aufzuwenden, sollen so beide Seiten zu einer besseren CO2-Bilanz des Ladens beitragen.

"Es wird viel von der Macht der Verbraucher gesprochen", sagt Michael Dettbarn, einer der Initiatoren, diese Macht wollen er und seine neun Mitstreiter nun nutzen. Das Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche heißt im Englischen "carrot and stick" und mit dem Namen "Carrotmob" machen die Aktivisten deutlich, dass sie das Prinzip des Boykotts umdrehen und all jene Geschäfte belohnen, die bereit sind, ihren Beitrag zur Umwelt zu leisten. Konkret funktioniert das ähnlich einem Flashmob. Über das Internet vernetzen sich die "Carrotmobber" und vereinbaren, an einem bestimmten Tag zu einem bestimmten Zeitpunkt sich vor einem bestimmten Laden zu versammeln. Ausgewählt wird der Laden kurz vorher über eine Art Bieterverfahren. Welches Geschäft bereit ist, den höchsten Prozentsatz des Umsatzes für Energiesparmaßnahmen auszugeben, bei dem wird geshoppt. [...]

Für die erste Carrotmob-Aktion in Deutschland haben die Umweltaktivisten mehrere Dutzend kleiner Läden über ihr Vorhaben informiert und sie aufgefordert, ein Angebot abzugeben. Die 35 Prozent des Kreuzberger Geschäfts sind kein schlechter Anfang. Beim ersten Carrotmob vor einigen Wochen in

Großbritannien hatte der Höchstbietende bloß 22 Prozent geboten.

Carrotmobbing geht auf den US-amerikanischen Konsumaktivisten Brent Schulkin zurück. "Wenn die Menschen wirklich mit ihren Dollars wählen können, sollte es dafür nicht einen Wahltag geben?", fragte er sich und initiierte vor einem Jahr in San Francisco die erste Aktion. Mehr als 30 Geschäfte wollten mitmachen. Über 200 Leute nahmen teil. Am Ende verkaufte der auserwählte Laden innerhalb weniger Stunden so viel wie sonst in einer ganzen Woche. Und der Ladenbesitzer hielt sich an die Vereinbarung. Das Geld reichte für neue Lampen und Dichtungen in den alten Kühlgeräten.

Die Wahl fällt dabei nicht zufällig auf kleine Geschäfte. Große Einzelhandelsketten verfügten in der Regel über das nötige Fachwissen und Kapital, Energiesparmaßnahmen umzusetzen. Der kleine Einzelhandel hingegen nicht.

Mehr unter: <http://www.taz.de/digitaz/2009/06/12/a0204.nf/text>

INFORMIEREN

Etappensieg für Perus Indios - Abholzungserlass wurde ausgesetzt

Lima. Nach den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Ureinwohnern mit fast drei Dutzend Toten hat das Parlament in Peru ein umstrittenes Dekret zu Abholzungen im Amazonas vorübergehend außer Kraft gesetzt. Die Abgeordneten stimmten in einer außerordentlichen Sitzung mit 59 zu 49 Stimmen dafür, den Erlass Nr. 1090 zum "Gesetz für den Wald und die Tierwelt des Waldes" 90 Tage lang auszusetzen.

Die Opposition hatte zuvor die vollständige Außerkraftsetzung der "mit Blut befleckten" Verordnung verlangt. Die Ureinwohner im Amazonasgebiet im Nordosten Perus protestieren seit Monaten gegen mehrere Dekrete von Präsident Alan Garcia, mit denen die Regierung die Erschließung des Gebiets für Erdölbohrungen, Abholzungen und Landwirtschaft erleichtern will. Die Erlasse widersprechen nach Auffassung der Ureinwohner-Organisation Aidesep dem internationalen Schutz von Ureinwohner-Rechten. Aidesep beruft sich auf ein Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation von 1989, das Ureinwohnern ein Mitspracherecht bei Regierungsentscheidungen zugesteht.

Bei den jüngsten Protesten starben nach offiziellen Angaben am Wochenende mindestens 34 Menschen, darunter 25 Polizisten. Die Indigenen sprechen indes von bis zu 30 getöteten Amazonas-Bewohnern, deren Leichen zum Teil beiseite geschafft wurden.

Dem Indio-Führer und Gründer der Protestbewegung, Alberto Pizango, gewährte Nicaragua mittlerweile politisches Asyl. In Peru drohen ihm 35 Jahre Haft, nachdem ihn die Regierung in Lima der Volksverhetzung und Verschwörung beschuldigt hatte. Pizango flüchtete darauf in die nicaraguanische Botschaft, wo er sich nach wie vor aufhält.

Mehr unter:

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3856&Alias=wzo&cob=419321>

<http://www.taz.de/1/politik/amerika/artikel/1/militaer-schiesst-indigena-zusammen/?type=98>

Wenig Anlass für Optimismus - In Bonn wird über neuen Klimaschutzvertrag gesprochen

Viel Zeit ist nicht mehr. Im Dezember soll auf dem diesjährigen UN-Klimagipfel ein neuer Klimaschutzvertrag unterschrieben werden, doch über dessen Inhalt herrscht noch großer Zwist unter den 192 Mitgliedern der Klimarahmenkonvention ([UNFCCC](#)). Am Sitz der Organisation in Bonn tagt noch bis zum Ende der Woche eine Vorverhandlungsrunde, die einen Vertragsentwurf diskutiert.

Einer der zentralen Punkte in den Gesprächen ist, um wie viel die Industriestaaten bis 2020 - oder genauer: Bis zur Zielperiode 2018 bis 2022 über die dann ein Mittel gebildet wird - ihre Emissionen reduzieren sollen. Der UN-Klimarat IPCC hat in seinem letzten Bericht 2007 gefordert, dass die reichen Länder bis zu diesem Zeitpunkt ihre Treibhausgasemissionen um 25 bis 40 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 vermindert haben müssen. [...] Andernfalls sei eine Begrenzung der Erwärmung auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau nicht mehr zu erreichen.

Inzwischen gibt es jedoch deutliche Hinweise, dass sich der Klimawandel beschleunigt. Um die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu beschränken, müsste die Gruppe der Industrieländer ihren Ausstoß vermutlich in den nächsten zehn Jahren eher um 40 Prozent oder mehr reduzieren. Die Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) findet die Zwei-Grad-Grenze übrigens schon zu hoch, denn sie könnte bereits den langfristigen Untergang einiger Staaten bedeuten. Sie fordert, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. [...]

Ein anderer wichtiger Punkt der Verhandlungen ist die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen. Denn auch wenn die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius beschränkt werden kann, wird der damit verbundene Klimawandel in verschiedenen Regionen erhebliche Auswirkungen haben. [...] Für viele der ärmsten Staaten werden die Herausforderungen kaum mit den eigenen Mitteln zu meistern sein. [...]

Ein weiterer Finanzierungsvorschlag kommt schließlich aus Norwegen. Danach sollen die Industriestaaten auf der Basis ihrer Reduktionsverpflichtungen Emissionsrechte zugeteilt bekommen. [...] Unklar ist allerdings, wie ein solches System durchgesetzt werden soll. Die Klimaverträge kennen bisher keinerlei Strafmechanismen. [...] Der Handel mit Emissionsrechten kann jedoch nur funktionieren, wenn es eine Instanz gibt, die Klimasünder - in diesem Falle Staaten, die mehr emittieren als sie Zertifikate erworben haben - auch zur Rechenschaft ziehen können. [...]

Mehr unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30494/1.html>

VERANSTALTUNGEN

Perspektiven der Energiepolitik in Deutschland

Referent: Michael Müller (MdB)

im Rahmen des Forschungscolloquiums "Neue Forschungen in der Energie- und Umweltpolitik - Endspurt"

Wann: 19.06.2009, 16:00 - 18:00 Uhr

Wo: Forschungsstelle für Umweltpolitik, Hörsaal A, Ihnestr. 21, 14195 Berlin

Mehr unter: <http://www.fu-berlin.de/veranstaltungen/kalender/2009/06/19/umweltpolitik.html>

Die deutsche Energieversorgung im Dilemma- brauchen wir eine dezentrale Energieversorgung oder großtechnische Lösungen?

Referent: Dr. Barbara Praetorius, Bereichsleiterin Verbandsstrategie und energiewirtschaftliche Grundsatzfragen, Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)

Im Rahmen der Themenreihe „Einstieg in nachhaltige Entwicklung X“

Wann: 16.06.2009, 18:15 – 19:45

Wo: Institut für Sozialwissenschaften, Universitätsstr. 3b, Raum: 205

Mehr unter: www.nachhaltigkeitsinitiative.de

Die USA auf dem Weg nach Kopenhagen? - Perspektiven für die internationale Klimapolitik

Talk-Runde mit folgenden Gästen:

Duncan Marsh, The Nature Conservancy, Arlington VA

Alexander Ochs, Center for Clean Air Policy, Washington DC

Dr. Karsten Sach, Bundesumweltministerium, Berlin

Prof. Dr. Miranda Schreurs, Freie Universität Berlin

Carsten Wachholz, NABU-Bundesverband, Berlin

Ziel des NABUtalk ist es, mit amerikanischen und deutschen Experten zentrale Beiträge dies- und jenseits des Atlantiks zur Bewältigung der globalen Klimakrise zu diskutieren.

Dabei sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der klimapolitischen Debatten in der EU und in den USA herausgearbeitet und mit Bezug zum aktuellen Stand der UN-Klimaverhandlungen in Bonn bewertet werden.

Wann: 15.06.2009, 19:00 – 21:00 Uhr

Wo: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, Berlin

Anmeldung:

Die Teilnahme ist kostenfrei. Für die Veranstaltung ist eine Anmeldung erforderlich.

Richtet diese bitte an:

NABU-Bundesgeschäftsstelle

Angelika Richter: Angelika.Richter@NABU.de

Mehr unter: <http://www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=6556&returnurl=/index.html>

Fragen, Kritik, Anmerkungen? Schreib eine Email an karen.eva.vdm@gmail.com